

Bezugspreis:

Vertriebspreis: 20 Pf. monatlich...
Preis ins Haus...
Wochenpreis...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Zeit“ erscheint wöchentlich zweimal...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3

Freitag, den 21. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3

Die fünf Jahresraten.

Bei den Besprechungen in Paris hat Staatssekretär Bergmann, wie wir erfahren, die schweren Opfer befohlen, die für Deutschland aus der Verletzung der Festschuldung...

Paris, 21. Januar. (W.T.B.) „Ere Nouvelle“ will wissen, daß die englische Regierung die deutschen Vorbehalte nicht annehmen wird.

Die Vorverhandlungen.

Paris, 21. Januar. (H.N.) Die alliierten Sachverständigen für die Brüsseler Finanzkonferenz stimmten in ihrer gestrigen Sitzung gewissen Vorschlägen bezüglich des deutschen Schuldenerlasses zu...

Lord D'Abernon, der Vertreter Englands, bemerkte hierzu, daß diese Vorschläge nicht in Übereinstimmung mit dem Wortlaut des Friedensvertrages stünden...

Briands innere Politik.

Anschließend an die Auswärtige Politik behandelt die Regierungserklärung, die Briand in der Kammer abgab, die innerpolitischen Probleme. Sie verspricht rasche Liquidierung der Kriegsorganisationen...

„Aber wenn wir hoffen können, durch die Maßnahmen, bezüglich deren wir uns mit Ihrer Finanzkommission beraten werden, die finanzielle Krise zum Stillstand zu bringen, so ist es wesentlich, um sie schnellig zu beenden, daß der Staatsbankrott nicht mehr die Reparationen zu übernehmen hat, die Deutschland schuldig ist.“

Für Ackerbau, Handel und Industrie sollen die Einschränkungen aufgehoben werden, die im Kriege notwendig waren. Der wirtschaftliche und der Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete soll beschleunigt durchgeführt werden.

Die Kriegsgeschädigten-Gesetze will die neue Regierung restlos durchzuführen. Die Kolonien sollen als wertvolle Hilfsquelle herangezogen werden.

Ueber die Stellung des Kabinetts zur Arbeiterfrage befragt die Erklärung: Die Regierung ist entschlossen, den Arbeitern dieses Landes, die voller Patriotismus an dem Wert des Krieges mitgearbeitet haben...

Bemerkenswert ist die Haltung des Kabinetts Briand den Beamten gegenüber. „Es ist wichtig“, befiehlt die Erklärung, daß die Beamten ihre Rechte und Pflichten in neuen Regeln festgelegt sehen, und daß sie das Mandat, das sie von der Nation haben, ausführen, ohne es jemals gegen die Nation verwenden zu können.“

freit werden. Der deutsche Vertreter Bergmann hob wieder hervor, daß die Vorschläge für ihn nicht annehmbar seien. Die Art einer Festschuldung der Annuitäten sei vielleicht annehmbar, aber der Betrag von drei Milliarden sei, wie er immer wieder betonen müsse, zu hoch.

Ohne Amerikakredite keine Weltgesundung.

London, 21. Januar. „Wall Wall Gazette“ meldet aus New York: Hoover erklärte in einer vor dem Kaufmannsverband gehaltenen Rede, die Welt leide an Ueberproduktion und Unterverbrauch. Eine Erholung könne nur stattfinden, wenn Amerika Europa auf einer ordentlichen und geeigneten Geschäftsgrundlage Unterstützung leihe.

Wohlwollend äußerte sich Wilson vor dem Landwirtschaftsausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses. Er trat für Bildung von Bankengruppen zur Finanzierung des Ausfuhrhandels und für eine private Kreditmaschinerie ein.

Das Staatsdepartement gab der Ansicht Ausdruck, daß von den alliierten Mächten keine Maßnahmen zur Lösung der bedrohlichen Lage in Oesterreich getroffen werden können, ohne vorherige Beratung mit den Vereinigten Staaten.

Die Hilfe für Oesterreich.

Genf, 21. Januar. Wie dem Epouev „Progres“ aus Paris gemeldet wird, haben sich die französische und die englische Regierung neuerdings dahin geeinigt, der am Montag in Paris zusammentretenden Entente-Konferenz eine internationale Hilfsaktion zugunsten Oesterreichs vorzuschlagen.

Den lokalen und städtischen Parlamenten wird ein größeres Ausmaß von Freiheit in Aussicht gestellt.

Im übrigen betont die Regierungserklärung, daß das neue Kabinett den Ehrgeiz habe, eine starke Wehrheit aus allen Republikanern und allen Vertretern der Parteien, die auf dem Boden der Republik stehen, zu schaffen.

Der Abstimmungskampf in Oberschlesien.

Der Terror und seine Folgen.

Wieder gehen aus Oberschlesien Nachrichten über terroristische Akte ein. In Mitterau warfen Banditen Bomben vor die Schule. Der Hauptlehrer war schon einige Tage zuvor mit polnischen Drohbrieffen bedroht worden.

Die Folgen dieses Terrorismus treten bereits in Erscheinung. Eine Anzahl deutscher Lehrer haben ihren Dienst wegen des herrschenden polnischen Terrors und wegen des unzureichenden Schutzes, der ihnen von den Behörden gewährt wurde, aufgeben müssen.

Angesichts dieser Tatsachen ist es unvermeidlich, die Frage aufzuwerfen, wie eine geregelte Abstimmung in Oberschlesien unter diesen Umständen zustande kommen soll.

„Sturmriemen unters Kinn!“

Die deutschen Gewerkschaften beginnen jetzt mit aller Kraft die große Gefahr zu bekämpfen, die ihnen von der Vereinigten Kommunistischen Partei droht. Mit allen Mitteln setzen sie sich gegen diese Schädlinge zur Wehr.

Heute morgen teilten wir den Beschluß des Deutschen Bauarbeiterverbandes mit, drei der bekanntesten Zellenbauer aus seinen Reihen auszuschließen. Der Brief, den der Hauptvorstand dieses Verbandes an die Chemnitzer Ortsverwaltung richtete, die einer der Ausgeschlossenen leitete, sagt den Kommunisten den allerschärfsten Kampf an.

Dieser entschlossene Kampf der deutschen Gewerkschaften gegen die Moskauer Gewerkschaftspropaganda hat natürlich deren helle Wut erregt. Die „Rote Fahne“, die nur noch aus zwei hysterischen Schreikämpfen besteht, von denen der eine morgen und der andere abends erfolgt, füllt heute ihre ganze erste Seite mit einem Aufruf zur Zentrale der R.P.D.

Die Zentrale der R.P.D. ruft in höchster Entrüstung aus, daß die Gewerkschaftsbureaucratie, die mit ganz geringen Ausnahmen offen in das Lager der Massenfeinde übergegangen sei, die die Gewerkschaften „zum stärksten Exploiter der Kriegspolitik der imperialistischen Bourgeoisie“ machte.

„Die Spaltung der sozialistischen Parteien, zuerst der alten Sozialdemokratischen Partei, dann der Unabhängigen Partei, ist das bewußte Werk der Kommunisten gewesen, unternommen im Lebensinteresse der proletarischen Revolution.“

Dieses Zeugnis eines Kommunisten, der offenbar noch nicht die Leninischen Leitfäden über die Eroberung der Gewerkschaften mittels „List, Schlaubeit usw.“ gelesen hat, entspricht vollkommen den Tatsachen.

Über alle Kräfteanstrengungen werden den Kommunisten nichts nützen. Alle ihre phrasenreichen Aufrufe, mögen sie noch so sehr mit Kraftworten und militärischen Kommandos wie: „Sturmriemen unters Kinn!“ gespickt sein, werden an dem festen Willen der nichtkommunistischen Arbeiterschaft, die Einheit der Gewerkschaften zu erhalten, zerschellen.

Das darf nicht sein! Die deutschen Gewerkschaften müssen leben, auf daß die Arbeiterschaft befreit werde! Darum: „Sturmriemen unters Kinn“ und den Kampf aufgenommen gegen die Zertrümmerer der freien deutschen Gewerkschaften!





